

An die Frankfurter Mitglieder
des Deutschen Bundestages

Frankfurt a. M., 06.12.2023

Debby Düring
Dr. Thorsten Lieb
Kaweh Mansouri
Omud Nouripour
Armand Zorn

Vorschlag des Europäischen Parlamentes für eine Änderung der EU-Verträge

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung vom 22. November 2023 einen Vorschlag für eine Änderung der EU-Verträge beschlossen ([Anlage 1](#)). Er reflektiert die Notwendigkeit der EU effizienteres und effektiveres Handeln zu ermöglichen. Notwendig ist dies im Hinblick auf mögliche Erweiterungen bei den Mitgliedstaaten (Stichwort Ukraine) und das Erpressungspotential einzelner Mitgliedstaaten.

Mit dem Vorschlag soll im Wesentlichen die Durchsetzung des Rechtsstaats erleichtert werden, ausserdem sollen künftig Entscheidungen im Rat mit Mehrheit getroffen werden können, bei denen bisher Einstimmigkeit notwendig war. Vorausgegangen waren dem Vorschlag intensive Verhandlungen zwischen den Parteien im zuständigen Ausschuss des EP.

Im EP wurde der Vorschlag mit Mehrheit angenommen angenommen. Im Wesentlichen haben, mit einigen Abweichlern, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale, also die Parteien der Berliner Ampelkoalition, dafür gestimmt. Die EVP-Fraktion war gespalten, besonders osteuropäische Abgeordnete haben dagegen gestimmt. Die hessischen Abgeordneten der EVP haben den Vorschlag unterstützt (Sven Simon, CDU, war einer der Berichterstatter), Übersicht zum Abstimmungsergebnis in [Anlage 2](#).

Es kann davon ausgegangen werden, dass das EP den Vorschlag deshalb erstellt hat, weil absehbar war, dass er eine Chance auf Realisierung hat.

Europa-Union Deutschland - Kreisverband Frankfurt a. M. | Vorsitz: Klaus Klipp, Massif Central Bethmannhof,
Bethmannstr. 7-9, 60311 Frankfurt a. M. - contact@europa-union-frankfurt.de | Amtsgericht Frankfurt am Main VR 14977

Bankverbindung: IBAN: DE 68 5019 0000 7000 5855 18 | BIC/-SWIFT-Code: FFVBDEFF | Frankfurter Volksbank e.G.
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 91 ZZZ 00000 750857

www.europaunionfrankfurt.org | Facebook: EuropaUnion Frankfurt | Insta: eufrankfurt

Die spanische Ratspräsidentschaft mit sozialistischem Ministerpräsidenten will das Verfahren zur Änderung der Verträge nach § 48 EUV allerdings nicht in Gang setzen. Dem Vernehmen nach wird sie dabei durch die deutsche Bundesregierung unterstützt.

Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition von 2021 ist dazu folgendes vereinbart:

„Die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen wir für Reformen. Erforderliche Vertragsänderungen unterstützen wir. Die Konferenz sollte in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, ...“ (S. 131 Zukunft der Europäische Union).

„Wir setzen uns ein für eine EU, die ihre Werte und ihre Rechtsstaatlichkeit nach innen wie außen schützt und entschlossen für sie eintritt. Als größter Mitgliedstaat werden wir unsere besondere Verantwortung in einem dienenden Verständnis für die EU als Ganzes wahrnehmen“ (S. 131 - Europa).

Sofern es nicht zu einer Vertragsänderung kommen sollte, so nutzt dies nur den Interessen der Gegner einer regelbasierten Weltordnung, die es gewohnt sind, sich mit Gewalt zu nehmen was sie wollen. Damit gerät nicht nur die EU sondern auch die freiheitliche demokratische Ordnung in Deutschland in akute Gefahr. Dies wird noch befördert durch die Chancen von Trump erneut Präsident der USA zu werden.

Im diesem Kontext ist nicht nachvollziehbar woher nun Einfluss genommen wurde.

Die Europa Union Frankfurt wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich als Abgeordnete der Regierungsparteien dafür einsetzen, dass die Bundesregierung Druck auf die spanische Ratspräsidentschaft ausübt, dass das Verfahren nach Art. 48 EUV in Gang gesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Klipp
Vorsitzender

2 Anlagen

- Beschlossener Vorschlag des EP zur Änderung der EU-Verträge
- Abstimmungsverhalten der Abgeordneten